

Hainfeld, 15.03.2021

An die
Bezirksbauernkammer Lilienfeld
z.H.
Herrn KO Reinhold Mader
Herrn KS Dr. Wolfgang Neuhauser

Babenbergerstraße 30,
3180 Lilienfeld

1

Anträge des UBV Niederösterreich zur Vollversammlung der BBK Lilienfeld am 19. März 2021

Sehr geehrte Herren!

Wir übermitteln nachstehend die Anträge der Fraktion UBV (Unabhängiger Bauernverband) zur Vollversammlung am 19. März.

Vorbemerkung

Die Einkommenssituation am Markt ist für unsere Bauern, egal ob Land- Forstwirt, ob Tierhalter, Ackerbauern, Obst- und Gemüsebauer insgesamt unerträglich. Beispiele:

- **Forstwirtschaft:** Während Verarbeitungsbetriebe (Säge- und Papierindustrie) sich schrankenlos mit ausländischem Holz eindecken und in den letzten Jahren Millionen Gewinne schreiben, bleiben unsere Bauern auf ihrem Holz sitzen. Damit verliert das Holz massiv an Wert, der Preis ist sowieso schon im Keller. Dieses Spiel am Markt ist unerträglich!
- **Tierhaltung:** Verschärft durch viele CORONA Maßnahmen, die alle Sparten in der Landwirtschaft nachhaltig ökonomisch schädigen, passen die Preise weder bei den Rindern noch bei den Schweinen. Während wir - CORONA bedingt - einen Rückstau um den anderen bei den Abnahmen von Schlachttieren haben, karrt man im Tierbereich LKW-weise Lebewesen in unser Land. Die heimischen Schlachthöfe sind überfüllt mit importierten Tieren, während sich

Unabhängiger Bauernverband



in den Ställen unserer Bauern die Tiere stauen, weil sie einfach nicht abgeholt werden. Die erhöhten Schlachtgewichte bedeuten wieder Preisabschläge.

- **Klimaschutz:** Gerade im Zusammenhang mit den schrankenlosen Importen ohne Kontrolle muss man sich fragen: Was steckt eigentlich hinter dem Wort Klimaschutz wirklich?? Man predigt in unzähligen politischen Ansprachen den Klimaschutz und schaut gleichzeitig zu, wie unser Holz im Wald liegen bleibt, während Holz aus dem Ausland auf der Straße wie Schiene klimaschädigend herangekarrt werden. Oder unzählige LKW-Züge an Waren, die auch hier erzeugt werden können? Das ist doch ein sich selbst täglich in den Sack lügen!
- **Kaufkraftverlust:** Die Entwicklung der Erzeugerpreise für unsere Produkte ist nicht mehr akzeptierbar. Die schlechte Entwicklung der Erzeugerpreise für unsere Produkte bedeutet, dass wir heute einen Kaufkraftverlust von 90% oder mehr in fast jeder Sparte haben. Es gibt keine Sparte, wo es so eine negative Entwicklung gibt!
- **785 Euro im Monat:** Die letzte Konsequenz der desaströsen ökonomischen Entwicklung bei den Land- und Forstwirten bedeutet ein durchschnittliches Bauerneinkommen von 785 Euro je Arbeitskraft.

2

Die Zahl der Fehlentwicklungen ließe sich unendlich fortsetzen.

Wir vom UBV haben dazu ein konkretes Programm geschrieben. Darin fordern wir die komplette neue Ausrichtung der EU- Agrarpolitik GAP.

Die derzeit gelebte agrarpolitische Praxis ist komplett gescheitert. Das nicht endend wollende Bauernsterben in Österreich wie in der EU ist das traurige sichtbare Zeichen, dass die Agrarpolitik für die Bauern nicht passt.

Es braucht daher neue Wege in der Agrarpolitik.

Unsere konkreten Anträge für eine Verbesserung der nicht tragbaren Vorgaben in der aktuellen Agrarpolitik in der Vollversammlung der BBK Lilienfeld lauten wie folgt:

Antrag 1: Faire Spielregeln für unsere Land- und Forstwirtschaft

Die Vollversammlung der BBK Lilienfeld fordert die Bundesministerin für Landwirtschaft und Tourismus sowie die Bundesregierung auf, Spielregeln wie Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass diese unseren Land- und Forstwirten eine echte Chance geben. Die Vollversammlung fordert dazu konkret folgende Spielregeln ein:

- **Eine klare Produkt-Herkunft-Kennzeichnung im Lebensmittelhandel** und in der Gastronomie sowie auch beim Handel mit Holz in der EU wie in Österreich
- **Stopp des freien Warenverkehrs bei Lebensmitteln ohne Kontrolle**, das gilt auch für Holz
- **Maximal 100 % Preisaufschlag bei Lebensmitteln durch den Handel.**
Beispiel: Kauft der Lebensmittelhandel billig Lebensmittel im Ausland ein, z.B. Milch um 35 Cent, dann darf er die Milch hier nur um 70 Cent verkaufen. Damit sind weite Transportwege für billige Lebensmittel wirtschaftlich uninteressant. Zahlt er 65 Cent für die Milch, kann er 1,30 Euro als Verkaufspreis definieren. So würde das bewusste Preisdumping auf heimische Erzeugnisse beendet. Es verdient dann nicht nur der Handel, sondern auch der Produzent. Dazu leistet man einen echten Beitrag zum Klimaschutz.
- **Inflationsabgeltung bei den Erzeugerpreisen und den Ausgleichszahlungen**
- **Faire Spielregeln am EU-Agrarmarkt.**
Konkret: Gleiche Produktionsvorgaben für Importwaren, ansonsten kein Import. Wenn bei uns zB. Hilfsstoffe in der Produktion (Pflanzenschutz-Glyphosat) verboten sind, dann fordern wir auch ein Verbot des Verkaufs von importierten Produkten, die mit solchen Mitteln erzeugt wurden. Sowie: ein Importverbot für Produkte bei Rodung von Regenwald.
- **Reparatur der ungerechtfertigten Einheitswerterhöhung**
Die Anhebung der Einheitswerte erfolgte nicht auf der Basis des Gesetzes. Sie war ein politischer Willkürakt. Weiters: Anhebung der Umsatzgrenze für pauschalierte Betriebe von 400.000 auf 700.000 Euro
- **Streichung der Registrierkassenpflicht**

Unabhängiger Bauernverband



Die Registrierkassenpflicht ist eine reine Schikane. Erfunden vom ehemaligen Finanzminister Schelling, der als Firmenchef selbst seine Steuern in einem Steuerparadies – in Malta – versteuerte. Er war/ist also ein Steuerflüchtling.

- **Wiedereinführung von Agrardiesel und Mutterkuhprämie**
- **Übernahme der SV Beiträge zu 2020 und 2021 vom staatlichen Nothilfefonds**
- **Besteuerung von Schiffs- und Flugzeugtransporten.**
Wer Klimaschutz ernst nimmt, muss hier eingreifen.
- **Reduktion der Sojaimporte in die EU um mind. 30 % in den nächsten 5 Jahren**
- **Importverbot von Produkten, wofür Urwald gerodet wurde.**
Z.B. Soja, Palmöl und Kokos wie auch andere Erzeugnisse aus diesen Ländern.
- **Keine Handelsverträge auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft.**
Wir zahlen nicht mehr länger die Profite anderer. Wir lehnen Verträge ab, wie z.B. die Soja- und Rindfleischverträge mit den USA, damit man dafür Autos in die USA liefern darf. Weil es TTIP nicht gibt, machte man andere Verträge, wie CETA bzw. arbeitet man an neuen Verträgen wie MERCOSUR. Das Ergebnis ist immer: Es verdienen andere auf Kosten der Bauern. Wird der Schaden für die Landwirtschaft nicht zu 100 % abgegolten, lehnen wir solche Verträge ab!
- **Heimische Lebensmittel für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen usw.**
Bei der Beschaffung von Lebensmitteln für öffentliche Einrichtungen, wie Krankenanstalten, Alten- und Pflegeheimen oder Kasernen – wo die öffentliche Hand alles zahlt – fordern wir die verpflichtende Verwendung von heimischen Lebensmitteln, idealerweise AMA Gütesiegel-Produkte bei Fleisch, Milch, Brot & Gebäck, Eiern, Obst und Gemüse sowie verarbeiteten Produkten in diesen Gruppen. Wenn wir alles finanzieren, sollen auch unsere Lebensmittel verwendet werden!
- **Investitionspaket für Land- und Forstwirte.**
Die Land- und Forstwirtschaft hat enormen Nachholbedarf bei Investitionen. Seit Jahren sind die Einkommen so gering, das es für die Produktionskosten kaum reicht. Investitionen gehen meist nur bei vorherigem Gang zur Bank. Angesichts des desaströsen Einkommens und der zusätzlichen Belastung durch die ganzen CORONA Maßnahmen der Regierung brauchen wir dringend ein Investitionspaket für die Land- und Forstwirte, nicht für die ganzen Bereiche rundherum, wo kein Euro bei den Bauern ankommt. Konkret:
[1.500 Euro je Arbeitsplatz und Monat in der Landwirtschaft für 10 Monate = a 15.000 Euro. Zur Erinnerung: Bei der AUA gibt es mit 64.285 Euro mehr als das](#)

Unabhängiger Bauernverband



4-fache. Bei 400.000 Jobs österreichweit in der Land- und Forstwirtschaft sind das 6 Mrd. Euro. Die Auszahlung soll auf die rund 150.000 Betriebe erfolgen – á 40.000 Euro. Diese nicht rückzahlbaren Investitionshilfen von 6 Mrd. lösen für 2021/2022 ein Investment von 12-14 Milliarden Euro in Österreich aus.

5

Antrag 2:

Reduktion der Bürokratie um 50% & - nur mehr 1 MFA je Periode sowie eine ersatzlose Streichung der Unterschriftsklausel, dass bei Fehlern – egal wer der Verursacher ist – immer der Antragsteller dafür haften muss

Vor Wahlen wird viel versprochen, wenn es um den Bürokratieabbau geht. Die gelebte Praxis ist, dass wir nach den Wahlen mehr Bürokratie serviert bekommen. Das erstaunliche dabei ist, dass die Bürokratie vor allem in Österreich erfunden wird. Also von Damen und Herren, die vom Geld der Bauern bezahlt werden. Der aktuelle bürokratische Aufwand ist in keinem Verhältnis mehr zur Notwendigkeit und vielfach eine reine Schikane der Land- und Forstwirte.

Darüber hinaus müssen die Bauern derzeit sittenwidrige Verträge unterschreiben. Demnach wird ausgeschlossen, dass jemand anderer, als der Bauer schuld ist, wenn es wo ein Problem gibt z.B. durch eine fehlerhafte Angabe. D.h. mit anderen Worten: Die Bauernvertretung bzw. die Institutionen wie Ministerium, Kammer und AMA lassen sich einen Persilschein ausstellen, dass im Anlassfall immer der Bauer bestraft wird. Es gibt zahlreiche Beispiele aus der Praxis seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995, wo die Antragsteller = Bauern die Zeche für die fehlerhafte Arbeit einer öffentlichen Behörde zahlen mussten, also gestraft wurden.

Die Vollversammlung der BBK Lilienfeld fordert daher die Bundesministerin für Landwirtschaft und Tourismus sowie die Bundesregierung auf, sowie die ihr zugordnete Behörden (AMA) auf, die Flut der bürokratischen Notwendigkeiten um 50% zu reduzieren. Dies hat in enger Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftskammern unter Einbindung der betroffenen Bauern zu erfolgen.

Unabhängiger Bauernverband



6

Weiters ist ab sofort jene Unterschriftsklausel außer Kraft zu setzen, nach der bisher immer der Antragsteller für allfällige Fehler, auch wenn diese z.B. von einer Behörde gemacht wurden – haften muss. Das ist sittenwidrig-

Das Ergebnis muss sein, dass man je Periode nur mehr einen Mehrfachantrag (MFA) stellen muss. Sollte es aus betrieblichen Notwendigkeiten einer Änderung bedürfen oder ein Eingabefehler erfolgt sein, so kann ohne Konsequenzen für den Antragsteller jährlich eine Korrektur erfolgen.

Antrag 3: GAP- es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Die aktuelle GAP bedeutet in der Praxis: 10% der Betriebe kassieren 60% der Gelder. 90%!!!! und damit der Rest der Betriebe in der EU bekommen 40%. Das aktuelle GAP Modell ist in der Form ein Programm für die Vernichtung der bäuerlichen Betriebe zu Gunsten der Agrar- und Finanzkonzerne.

Während die Betriebsmittelkosten jährlich steigen bzw. teurer werden, sinken die Erzeuger Preise. Unsere Vertretung sieht bei diesem Modell der Vernichtung der Kleinbäuerlichen wie bäuerlichen Betriebe schweigend zu.

Wir haben seit dem EU Beitritt mehr oder weniger in allen Sparten einen Kaufkraftverlust bis zu 90 Prozent oder mehr. Während jede andere Branche jährlich zumindest die Inflation abgegolten bekommt und damit notwendige höhere Einnahmen erwirtschaftet, wird es bei den Land- und Forstwirten immer weniger.

Seit dem EU-Beitritt hatten wir eine Inflation von rund 54,5 %. Unsere Erzeugerpreise sind aber nicht gestiegen – sondern gesunken. (Siehe Beilage Entwicklung und Kaufkraftverlust am Beispiel Milch)

Die „Ausgleichszahlungen“ sind vielfach nicht einmal mehr der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die Land- und Forstwirtschaft in Österreich steht wirtschaftlich vor dem Ruin oder hat die Stall- und Hoftore schon für immer geschlossen.

Der Hauptgrund war und ist die ökonomisch untragbare Situation. Die Einnahmen decken seit Jahren weder den Aufwand, geschweige denn verdient man Geld. Investitionen sind nur mehr durch teure Kredite, außerlandwirtschaftlich verdientes Geld, kostenlose Arbeitskräfte oder durch den Verkauf von Grundstücken möglich.

Unabhängiger Bauernverband



7

Die Land- und Forstwirte leben also praktisch nur mehr von ihrer Substanz. Das gibt es in keiner anderen Branche. Die Land- und Forstwirtschaft braucht 2- bis 3-mal mehr an Einnahmen im Jahr, als dies derzeit der Fall ist.

Würden die Bauern eine echte Abgeltung ihrer erbrachten Leistungen bekommen, wären die meisten Probleme vom Tisch. Daher gilt die Forderung:

Was ist 1 ha Kulturland wert?

Es soll 4 x im Jahr die Leistung, welche die Land- und Forstwirtschaft derzeit kostenlos erbringt, bezahlt werden. Wir laden herzlich ein, diese Überlegungen zu unterstützen. Das Ziel ist es vorgeschlagene Richtsätze – gestärkt durch eure Ideen – an die Bundesregierung zu überreichen.

Die Vollversammlung der BBK Lilienfeld fordert die Bundesministerin für Landwirtschaft und Tourismus sowie die Bundesregierung auf, die von den Land- und Forstwirten erbrachten Leistungen zum Nutzen der Allgemeinheit nach den Marktgesetzen zu entlohnen.

Konkret: Es muss eine echte Abgeltung der erbrachten Leistungen durch die öffentliche Hand oder durch zu schaffende Instrumente erfolgen. Ein konkreter Vorschlag für eine Leistungsabgeltung je Hektar gepflegtes Kulturland liegt bei (Anlage: Was ist ein Hektar Kulturland wert?)!

Antrag 4: 200 Euro CO² Leistungsprämie je Hektar

Weltweit betreiben wir Firmen wie zB. Tesla oder generell der Automobilhandel einen schwungvollen Handel mit CO₂ Zertifikaten. Wir Land- und Forstwirte sind aber die einzigen, die praktisch täglich CO₂ speichern und Sauerstoff erzeugen.

Wir machen dies bisher ohne Bezahlung! Wenn „Klimaverschmutzer“ jährlich Milliarden an Strafen zahlen müssen, weil sie klimaschädlich arbeiten, dann wollen wir Land- und Forstwirte als Klimaschützer für unsere Arbeit eine Leistungsabgeltung!

Unabhängiger Bauernverband



8

Die Vollversammlung der BBK Lilienfeld fordert die Bundesministerin für Landwirtschaft und Tourismus sowie die Bundesregierung auf, die von den Land- und Forstwirten erbrachten Leistungen rund um den Klimaschutz mit einer Leistungsprämie in der Höhe von 200 Euro je Hektar zu entlohnen.

Die Leistungen der Land- und Forstwirte rund um die CO₂ Speicherung (Humusaufbau) sowie die Erzeugung von Sauerstoff sind ein konkreter wie effektiver Beitrag zum Klimaschutz zum Nutzen der Allgemeinheit. Das wollen wir entlohnt bekommen.

Antrag 5: 1.200 Euro Mindestpension für Bäuerinnen & 200 Euro je Kind

Kein schönes Land ohne Bäuerinnen!

Sie arbeiten hart in den Stallungen, fahren die Maschinen, schupfen den Haushalt, versorgen die Kinder, kümmern sich um die Buchhaltung und sollen nebenbei noch glänzen, nicht müde sein und immer gut gelaunt ihrem Partner zur Seite stehen. Unsere oft wenig bedankten Bäuerinnen.

Es braucht nicht die Weihnachtszeit oder den Muttertag, um zu sehen, wie vielseitig die Bäuerinnen sind und was sie alles schaffen. Wenn man heute von „Multitasking“ spricht, also wo man sprichwörtlich zehn Dinge auf einmal erledigen soll, dann sollten einem zuallererst die Bäuerinnen einfallen.

Weltweit sind sie die tragenden Säulen. Insbesondere sind sie auf den Bauernhöfen in unseren Regionen unverzichtbar und auch nicht wirklich ersetzbar. Jeder von uns kennt Beispiele, wo es keine Mutter mehr im Haus gibt oder keine Frau an der Seite eines Bauern steht. Das Leben ist dort oft sehr einsam und freudlos.

Echte Wertschätzung durch echte Einnahmen

Die UBV Überlegungen haben das Ziel, dass die Menschen auf bäuerlichen Betrieben eine Zukunft haben. Als Bauern wie Bäuerinnen, als Junge wie Ältere oder als Unternehmer. Für uns ist ein gutes wirtschaftliches Fundament die beste

Unabhängiger Bauernverband



9

Möglichkeit, um die Existenzen grundlegend zu sichern und so eine Perspektive zu geben.

Wer nicht täglich jeden Cent umdrehen muss, wer nicht täglich die Sorge hat, wie zahlt man Rechnungen, wer nicht täglich Kummer hat, wenn es um die Bedürfnisse der Kinder geht, der wird ein besseres, zufriedeneres Leben haben.

Daher ist aus der Sicht des UBV gerade für die Bäuerinnen ein vernünftiges wirtschaftliches Fundament durch eine echte Leistungsabgeltung für die Land- und Forstwirte ein zentraler Punkt der UBV Überlegungen zur Bauernzukunft.

Es gilt also, alle Möglichkeiten zu suchen und auszuschöpfen, damit die Juwelen des Landes sowie auf den Bauernhöfen jenen ehrlichen Dank erhalten, der ihnen täglich zusteht. Dazu gehört eine echte Pension für die vielen unbezahlbaren Leistungen.

Ohne unsere Mütter wäre unser Land leer und ohne Leben. Die "Bittschön-Dankschön"-Reden mögen ja recht nett sein, davon kann man aber nicht leben. Der UBV fordert für die Frauen, insbesondere für die Bäuerinnen, endlich auch eine echte Wertschätzung. Dies soll konkret durch eine entsprechende Mindestpension und einen Pensionszuschlag je Kind erfolgen.

Die [Vollversammlung der BBK Lilienfeld](#) fordert die Bundesministerin für Landwirtschaft und Tourismus sowie die Bundesregierung auf, die Mindestpension für Bäuerinnen – auch rückwirkend – auf 1.200 Euro anzuheben. Zusätzlich sollen für jedes Kind weitere 200 Euro an Pensionszuschlag bezahlt werden.

Für den UBV Niederösterreich

- BKR Franz **ZÖCHNER**
- BKR Joseph **STEINBACHER**
- BKR Gerhard **HALBWAX**

Unabhängiger Bauernverband



10

„Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“
Land- und Forstwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben

Franz Zöchner